

Stillstand und Fortschritt auf dem Weg zur Energie-Wende

(Wichtige Ereignisse in den Monaten Juli-September 2021)

Vorbemerkung: In den Monaten Juli bis September hat es auf der politischen Bühne der BRD – anders als auf der EU-Ebene – nur wenige bedeutende Ereignisse gegeben, die die Energiewende behindern oder beflügeln hätten können. Der Grund ist vermutlich die Bundestagswahl mit den erwartbaren Veränderungen der politischen Landschaft. Wichtig in diesem Zeitraum: Weltweit wurden neue instruktive Analysen veröffentlicht, die verdeutlichen, wie katastrophal der Stand der Bemühungen um die Paris-Ziele ist und welche Schritte unternommen werden müssten, um diese Ziele zu erreichen.

- 1. Nach mehr als zweijährigen zähen Verhandlungen haben sich die Regierungen der EU-Staaten und das Europäische Parlament am 25.6. auf eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geeinigt¹. Die Änderungen sollen kleineren Betrieben den Zugang zu den Agrarhilfen erleichtern, den Berufseinstieg für junge LandwirtInnen attraktiver machen und vor allem den Klima- und Umweltschutz voranbringen (siehe #07A und #06A).** Der grüne EU-Abgeordnete Martin Häusling schreibt dazu: "Die gemeinsame europäische Agrarpolitik sollte der große Baustein des Green Deal werden. Von der Ankündigung übriggeblieben ist eine Reihe wolkiger Überschriften, unter denen das Allermeiste beim Alten bleiben wird". So gingen 75 Prozent der geplanten Zahlungen nach wie vor in Flächenprämien und seien an wenige Bedingungen geknüpft. "Kosmetische Änderungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Schutz von Klima, Umwelt, Artenvielfalt und kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe zu kurz kommt", kritisierte Häusling. Bei den Umweltmaßnahmen gebe es so viele Ausnahmen, dass deren Nutzen auf ein Minimum schrumpfe. – Breitere Kritik an der neuen Einigung ist noch nicht sichtbar.
- 2. Ursula von der Leyen hat in Brüssel am 14.7. ihr großes Projekt, das »Fit for 55«-Paket, vorgestellt. Es gilt weltweit als das bisher umfangreichste Klima-Gesetzesvorhaben. Es soll sicherstellen, dass die EU ihren Treibhausgasausstoß bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 senkt und bis 2050 klimaneutral wird (siehe #02bA, #06A und #08A).** Um dies zu erreichen sollen zum Beispiel die durchschnittlichen jährlichen Emissionen neuer Fahrzeuge ab 2030 um 55 Prozent niedriger sein als im laufenden Jahr. Und alle ab 2035 zugelassenen Neuwagen sollen komplett emissionsfrei sein. Auch der Industriesektor soll – bis 2030 im Vergleich zu 2005 – mindestens 62 Prozent weniger emittieren; bisher war nur eine Reduktion von 43 Prozent angesetzt gewesen. Im Verkehrs- und Wärmesektor will die Kommission für die dort genutzten Brennstoffe ein Emissionshandelssystem schaffen und so Technologien – wie Gebäudedämmung, umweltfreundlichere Heizsysteme und E-Autos – wirtschaftlich attraktiver machen usw. Alle

¹ Formelle Ratifizierungen sollen im November erfolgen.

diese Maßnahmen waren übrigens vor der Verabschiedung des Gesetzespakets selbst in der Kommission heftig umstritten und es wird weithin für fraglich gehalten, ob die Zustimmung des EU-Parlaments und der Mitgliedsländer erreicht werden kann. In der Umweltbewegung werden wesentliche Zielwerte des Gesetzespakets als zu niedrig erachtet und die Passivität der Bundesregierung diesbezüglich wird angeprangert.

- 3. Anstatt klimaschädliche Treibhausgase bis 2030 zu reduzieren, führt die momentane Politik der UN-Staaten zu einer Zunahme der Emissionen um 16 Prozent. Dies verursacht bis 2100 eine Erderwärmung von 2,7 Grad Celsius – weit mehr als die „deutlich unter 2 Grad“, die UN-Staaten 2015 im Pariser Abkommen beschlossen hatten (siehe #03 und #04).** Das sind die Kernaussagen des „NDC-Berichts“, den das Klimasekretariat UNFCCC am 18. 9. vorgestellt hat. „Der Bericht zeigt, dass die Welt auf einem katastrophalen Weg zu 2,7 Grad Erwärmung ist“, warnte UN- Generalsekretär Antonio Guterres. „Das ist der Bruch des Versprechens von 1,5 Grad aus dem Pariser Abkommen.“ Übrigens: Auch die Klimaschutz-Hilfen für Entwicklungsländer liegen noch weit hinter dem Plan.
- 4. Am 22. September beschloss die Bundesregierung, Maßnahmen im Gebäudesektor mit zusätzlichen Milliardengeldern nachzubessern (siehe #06).** Um Klimaschutzziele nach dem Klimaschutzgesetz im Bausektor zu erreichen, beschloss das Kabinett, dass nun insgesamt 11,5 Milliarden Euro freigegeben werden sollen: für Förderanträge im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude. Der Bund fördert etwa den Austausch von Fenstern und Türen, die Dämmung von Außenwänden und Dächern oder Biomasseheizungen und Wärmepumpen. – Kritik kam vielfältig von Opposition und Umweltverbänden. Die Grünen-Abgeordnete Julia Verlinden zum Beispiel sagte, die schwarz-rote Koalition habe echte Fortschritte für Klimaschutz im Gebäudebereich verhindert und schieße nun kurz vor Toresschluss (Bundestagswahl!) verzweifelt Milliarden nach. "Im Gebäudesektor hinterlässt Schwarz-Rot der nächsten Regierungskoalition eine riesige Baustelle."
- 5. Für den Bausektor hat die Bauphysik-Professorin Lamia Messari-Becker² konkrete Projekte vorgeschlagen, um die Paris-Ziele zu erreichen (siehe #16).** Sie legt Wert darauf, den komplexen und vielfältigen Aspekten der Problematik gerecht zu werden.
- 6. Um die bereits verabschiedeten Ziele des Klimaschutzgesetzes zu erreichen, haben die Denkfabrik Agora und die Stiftung Klimaneutralität ein radikales Sofortprogramm für die nächste Bundesregierung vorgelegt. »Es braucht das größte Klimaschutzprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik – und das in den ersten 100 Tagen«, sagte Agora-Chef Patrick Graichen bei der Vorstellung eines entsprechenden Berichts am 30. 8. (siehe #22 und #23).**

Er enthält 22 konkrete Eckpunkte (siehe Abbildung, unten) für die Bereiche Strom, Verkehr, Industrie, Gebäude und Landwirtschaft sowie weitere generelle Vorschläge. Es handle sich nicht um die Forderungen von Umweltgruppen, so die Autoren, sondern um Schlussfolgerungen aus dem Klimaschutzgesetz und den dort festgelegten Zielen. Aus diesen ergäbe sich eine Verdreifachung des Tempos beim Klimaschutz bis 2030.

² Bis 2020 Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen

Die Autoren argumentieren in der Studie wie folgt: Um auf mindestens 65 Prozent weniger Treibhausgasemissionen bis 2030 und Klimaneutralität bis 2045 zu kommen, müssten in Deutschland künftig jährlich 30 bis 40 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. In den vergangenen Jahren war die tatsächlich eingesparte Menge mit etwa 14 Millionen Tonnen pro Jahr aber deutlich niedriger. Um die Zielvorgaben zu erreichen, müssten die Anstrengungen, grob überschlagen, also verdreifacht werden.

Abbildung: Die 22 Eckpunkte

	Übergreifendes <ol style="list-style-type: none">1 Klima-Haushalt aufstellen und Klimaschutzgesetz reformieren2 EEG-Umlage abschaffen, CO₂-Preis schrittweise anheben3 Fehlinvestitionen vermeiden, Finanzströme nachhaltig ausrichten
	Strom <ol style="list-style-type: none">4 Kohleausstieg 2030, Versorgungssicherheit gewährleisten5 Ausbau der Windenergie an Land verdreifachen6 Ausbau der Offshore-Windenergie beschleunigen7 Solarenergie bis 2030 verdreifachen8 Stromnetz für eine klimaneutrale Stromversorgung ausbauen
	Industrie <ol style="list-style-type: none">9 Industrietransformation durch Klimaschutzverträge absichern10 Wasserstoffstrategie 2.0 zügig verabschieden11 Klimaschutz- und Effizienzinvestitionen in der Industrie fördern
	Verkehr <ol style="list-style-type: none">12 Fiskalische Instrumente an Klimaszutzziele ausrichten13 Ladeinfrastruktur-Ausbau und Elektrifizierung ÖPNV beschleunigen14 Straßenverkehrsrecht reformieren15 Klimastresstest für Bundesverkehrswegeplan durchführen16 Schiene stärken, Straße dekarbonisieren
	Gebäude <ol style="list-style-type: none">17 Gebäudestandards auf Klimaneutralität 2045 ausrichten18 Förderprogramme aufstocken und auf Klimaneutralität ausrichten19 Soziale Wärmewende für Mieter:innen sicherstellen20 Grüne Fern- und Nahwärme in allen Ballungsgebieten etablieren
	Landwirtschaft <ol style="list-style-type: none">21 Tierbestände abbauen und Nährstoffbilanzen ausgleichen22 Moore wiedervernässen und klimaneutrale Nutzung ermöglichen

LITERATUR³

#02bA: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klimaschutz-ursula-von-der-leyen-sorgt-mit-dem-fit-for-55-paket-fuer-konflikte-in-eu-a-52959871-06ca-4e5c-9175-6211e35f840e#ref=rss>

#06A: <https://www.spiegel.de/politik/eu-kommission-reaktionen-auf-das-klimaprogramm-von-ursula-von-der-leyen-a-22b76b8e-2dd6-4145-84ab-fd5c850d2ce4#ref=rss>

#07A: <https://www.klimareporter.de/landwirtschaft/eu-verlaengert-klimaschaedliche-agrarfoerderung-um-sieben-jahre>

#08A: <https://www.klimareporter.de/europaische-union/ein-schritt-zu-echtem-klimaschutz>

**

#03: <https://taz.de/UN-Klimaziele-vor-dem-Scheitern/!5797656/>

#04: <https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimapolitik-klimaschutz-paris-vertrag-entwicklungszusammenarbeit-1.5414055?source=rss>

#06 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/klimaziele-verfehlt-regierung-pumpt-weitere-milliarden-in-gebaeudesanierung-a-9b25d74f-07ae-43a0-b96c-36b8e67e1926#ref=rss>

#16: <https://www.sueddeutsche.de/politik/klimapolitik-energiewende-heizen-oekologisch-bauen-oeko-strom-1.5415997?source=rss>

#22: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/agora-energiewende-so-erreicht-deutschland-seine-klimaziele-a-769fc19e-c8bc-4f95-b6ec-ea24c6aacbbb#ref=rss>

#23: <https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/klimaschutz-sofortprogramm>

³ Der erste Teil der Literaturangaben bezieht sich auf die Monate Juli und August, der zweite Teil auf den Monat September.